

# Klarer Plan zur Haushaltssanierung

**Angesichts des budgetierten Defizits im Staatshaushalt von 180 Millionen Franken für das kommende Jahr hat Regierungschef Klaus Tschütscher ein rigoroses Sparprogramm angekündigt. Im «Vaterland»-Interview schildert er die Hintergründe.**

Interview: Heribert Beck

**Herr Regierungschef, der Sanierungsbedarf des Staatshaushalts ist seit Jahren bekannt. Wieso sind nicht bereits viel früher Reformmassnahmen ergriffen worden?**

**Regierungschef Klaus Tschütscher:** Wie bei allen Problemen und Themen, die es in der Politik oder in der Geschäftswelt zu lösen gilt, ist zwischen der Wahrnehmungsoptik einerseits und dem Umsetzungswillen andererseits zu unterscheiden. So auch beim Ziel eines nachhaltig finanzierten Staatshaushalts. An der Wahrnehmung der Probleme und Mängel in diesem Bereich hat es dabei in der Politik nicht gemangelt.

## «Es gibt keine Alternativen»

Wie meinen Sie das konkret? Bereits vor einigen Jahren – konkret erstmals im Jahr 2002 – hat die damalige Regierung im Rahmen der Berichtserstattung zur Finanzplanung an den Landtag auf ein sich abzeichnendes strukturelles Defizit des Landeshaushalts in Höhe von über 200 Millionen Franken hingewiesen. Die Verantwortlichen haben die finanzpolitische Problematik damit schon frühzeitig erkannt. Anstatt jedoch die strukturellen Defizite mit gezielten Massnahmen zu beseitigen, hat die Politik in den Folgejahren genau das Gegenteil getan. Der Staat ist um weitere Mehrausgaben von rund 200 Millionen Franken auf mittlerweile deutlich über 900 Millionen Franken gewachsen. Die Struktur-mängel wurden damit nicht nur nicht beseitigt, sie wurden potenziert. Mit dieser finanzpolitischen Wahrheit sehen wir uns jetzt konfrontiert, und dies bei schwieriger Wirtschafts- und Ertragslage. Die Zeit zum Sparen ist jetzt überreif.

## «Der Landtag soll ein klares Signal geben»

Wie sehen die finanzpolitischen Zielsetzungen der Regierung konkret aus? Zunächst haben wir uns auf einen strukturellen Sanierungsbedarf von 160 Millionen Franken als inhaltliche Zielgrösse verpflichtet. In zeitlicher Hinsicht liegt die Zielsetzung darin, diesen Sanierungsbedarf bis zum Ende des fünfjährigen Planungszeitraums konsolidiert zu haben. Das heisst, es ist unser erklärtes Ziel, mit dem Voranschlag für das Jahr 2015 den Landeshaushalt wieder mit den Eckwerten des Finanzleitbildes in Einklang zu haben. Das ist ehrgeizig. Aber nur, wenn uns das gelingt, haben wir unsere Verantwortung voll und ganz wahrgenommen.

Wie weniger Ausgaben und Geld mehr Leistung erbringen zu müssen, ist eine bittere politische Pille. Laden Sie sich hier nicht eine äusserst anspruchsvolle Führungsaufgabe auf? Ja, klar. Aber führen bedeutet doch, im Interesse der Gemeinschaft auch Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen. Das gilt insbesondere für den Regierungschef. Die Zeit, jedes Problem oder jede Aufgabe einfach mit mehr Geld lösen zu wollen, ist vorbei.

Sie haben an der Pressekonferenz am vergangenen Mittwoch explizit betont, dass die Regierung beim Finanzplan für die Jahre 2010 bis 2014 auch den Landtag in die Pflicht nehmen will. Inwiefern ist das neu?

Der Landtag hat bisher die jährlichen Finanzplanungsberichte der Regierung mit mehr oder weniger ausführlichen und kontroversen Diskussionen lediglich «zur Kenntnis» genommen. In einer Situation, wie wir sie nun aktuell erleben, reicht dies nicht mehr aus. Die Regierung erwartet vom Landtag als verfassungsmässigem Inhaber der Finanzhoheit und als Volksvertretung, dass er sich zu den von der

Regierung dargestellten finanzpolitischen Zielsetzungen äussert und diese entweder bestätigt oder anders formuliert. Dementsprechend haben wir Antrag an den Landtag gestellt und erwarten eine Antwort. Das ist neu.

Sie erwarten vom Landtag also eine Richtungsentscheidung? Ja, er soll ein klares Signal dafür geben, ob er mit den von der Regierung verabschiedeten finanzpolitischen Zielsetzungen einverstanden ist oder nicht. In der Folge wird eine Haushaltssanierung nur gelingen, wenn die von der Regierung erarbeiteten und dem Landtag vorgeschlagenen Massnahmen von diesem auch umgesetzt werden. Denn der weitaus grösste Anteil der Ausgabenseite ist ohne die Änderung von Gesetzen – und dafür ist ausschliesslich der Landtag zuständig – nicht veränder- und beeinflussbar.

Wie sieht der Fahrplan bezüglich der geplanten Gesetzesänderungen aus? Können Sie schon sagen, wo zuerst Sparmassnahmen ergriffen werden? Zunächst ist festzuhalten, dass die Regierung bereits im Budget 2010 das in ihrem Einflussbereich ohne Mitwirkung des Landtags Mögliche getan und vielerorts korrigierend eingegriffen hat. Mit Kurskorrekturen im Personalbereich, beim Sachaufwand und bei verschiedenen Staatsbeiträgen. Darüber hinaus hat die Regierung aber bereits entschieden, dem Landtag noch im Dezember dieses Jahres eine Vorlage zur Beratung vorzulegen, mit welchen erste Leistungen des Landes abgeschafft werden sollen. Es handelt sich dabei um die Subventionierung von Elektrofahrzeugen sowie um die Aufhebung von Kindersubven-

tionen nach dem Wohnbauförderungsrecht. Beides Transferleistungen des Landes, welche bei ihrer Schaffung sicherlich ihre Berechtigung hatten, nun aber in eine Liste von «wünschbaren» Leistungen gehören.

Sie haben am Mittwoch betont, dass wirklich alle Bereiche des Staatshaushalts auf Einsparpotenzial hin geprüft werden sollen. Was bedeutet dies für den Bürger? Es ist und bleibt meine politische Credo, den Einwohnerinnen und Einwohnern klaren Wein einzuschenken. Anhand der Fakten ist doch leicht erkennbar, dass wir in den letzten Jahren über unsere Verhältnisse gelebt haben, und dies müssen wir jetzt korrigieren. Dabei ist der Handlungsbedarf so gross, dass wohl jede und jeder von den notwendigen Korrekturmassnahmen in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, tangiert sein wird. Wir haben die Herausforderung vor

uns, dass wir bewusst zuerst den Luxus und dann sicher auch ein Stück Wohlstand abbauen müssen. Aber wir haben die Chance, dies bewusst und gezielt zu tun, wenn wir am gleichen Strick ziehen, und das ist wichtig. Wenn wir noch länger zuwarten, dann berauben wir uns jeglichen Handlungsspielraums und die dann zu treffenden Massnahmen werden nur noch umso schmerzhafter sein.

Wann erwarten Sie erste sichtbare Ergebnisse des Sanierungsprogramms? Wie gesagt, wird die Regierung den Landtag schon im Dezember mit konkreten Vorschlägen begrüssen. Ein erstes grösseres Massnahmenpaket ist auf das Frühjahr 2010 geplant.

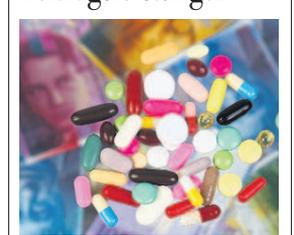
«Jeder wird tangiert sein»

Bei den flankierenden Projekten handelt es sich um die Regierungs- und Verwaltungsreform sowie um das Projektportfolio management. Mit der Regierungs- und Verwaltungsreform unter der Leitung von Regierungsekretär Norbert Hemmerle soll die Regierung mehr Raum für strategische Aufgaben erhalten, indem heutige Regierungsaufgaben gezielt an Stellen übertragen werden, Mehrfachunterstellungen von Ämtern unter mehrere Ressorts vermieden werden und durch eine Neuordnung der Ämterstruktur eine Reduktion von Verwaltungseinheiten stattfindet. Das Projektportfolio management leitet Samuel Schäpper vom Amt für Personal und Organisation. Damit sollen Regierung und Verwaltung in die Lage versetzt werden, strategisch wichtige Projekte professioneller zu planen, zu steuern und zu realisieren.



Regierungschef Klaus Tschütscher: «Ohne nachhaltige Reduktion der Ausgabenseite sind die Reserven schneller aufgebraucht, als wir glauben. Dafür bin ich nicht zu haben.» Bild Archiv

## Beitragsleistungen



Die laufenden und investiven Beiträge machen im Budget des kommenden Jahres mit 450 Millionen Franken den grössten Posten aus. Dieses Teilprojekt des Sanierungsplans wird von Peter Beck, dem Ressortsekretär des Regierungschefs, gemeinsam mit Jeannine Niedhart, der Ressortsekretärin von Sozial- und Gesundheitsministerin Renate Müssner geleitet. Dies liegt daran, dass die Sozial- und Gesundheitsleistungen einen wesentlichen Anteil der laufenden und investiven Beiträge darstellen. Einzelne Untersuchungen wurden bereits durchgeführt oder initiiert, so z. B. eine externe Studie zur Frage der nachhaltigen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen im Gesundheitsbereich. Auch wird aktuell eine Analyse über die Erfahrungen des vor einigen Jahren revidierten Stipendiengesetzes durchgeführt.

## Personalaufwand



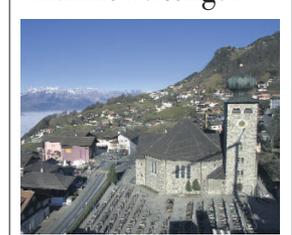
Der Personalaufwand schlägt im Budget 2010 mit 230 Millionen Franken zu Buche. Die Leitung des Teilprojekts wird den Leitern des Amts für Personal und Organisation, Peter Mella, sowie des Schulamts, Guido Wolfinger, übertragen. Dies rührt daher, dass sich der Personalaufwand fast ausschliesslich aus Lohnzahlungen an das Verwaltungspersonal und an Lehrpersonen sowie den entsprechenden Arbeitgeberleistungen in Form von Sozialbeiträgen, Frühpensionierungssystemen, Sonderzulagen, usw. zusammensetzt. Auch hier hat die Regierung mit dem grundsätzlich beschlossenen Personalstopp und der Neuerung des Anstellungsprozesses erste Massnahmen gesetzt. Des Weiteren sind bezüglich Zulagensystem und Sozialleistungen des Landes als Arbeitgeber Abklärungen in Auftrag gegeben worden.

## Sachaufwand



Der Sachaufwand im kommenden Jahr beträgt budgetierte 110 Millionen Franken. Die Projektleitung liegt beim stellvertretenden Leiter der Stabsstelle Finanzen, Andreas Gritsch. Hier werden die Fragestellungen vielfältig und vielschichtig sein. Einerseits betrifft der Sachaufwand jede einzelne der vom Land wahrgenommenen Aufgaben direkt oder indirekt. Andererseits besteht meist ein direkter Konnex zu anderen Aufwandkategorien. So beeinflusst z.B. eine Reduktion des Personalbestands auch den Sachaufwand, weil ab einer gewissen Menge weniger Raum zur Verfügung gestellt werden muss. Die Regierung hat den kurzfristig zur Verfügung stehenden Spielraum bereits berücksichtigt und beispielsweise beschlossen, die vor einem Jahr vorgenommenen Erhöhungen der Spesen für das Staatspersonal rückgängig zu machen.

## Finanzzuweisungen



Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden betragen im kommenden Jahr gemäss Budget insgesamt 165 Millionen Franken. Das Teilprojekt wird von Thomas Lorenz, dem Leiter der Stabsstelle Finanzen, verantwortet werden. Mit Wirkung ab 2008 wurde vom Liechtensteiner Landtag ein neues Finanzausgleichssystem beschlossen. Der relevante Parameter, welcher den Mindestfinanzbedarf der Gemeinden definiert, wird demnach vom Landtag jeweils für vier Jahre festgelegt, allerdings immer schon zwei Jahre im Voraus. Das bedeutet, dass im kommenden Jahr der Parameter für den Zeitraum der Jahre 2012 bis 2015 bestimmt werden muss. Damit trifft der Zeitpunkt der Neufestlegung idealerweise zusammen mit der Durchführung des Sanierungsprojekts des gesamten Staatshaushalts.

## Flankierende Projekte



Bei den flankierenden Projekten handelt es sich um die Regierungs- und Verwaltungsreform sowie um das Projektportfolio management. Mit der Regierungs- und Verwaltungsreform unter der Leitung von Regierungsekretär Norbert Hemmerle soll die Regierung mehr Raum für strategische Aufgaben erhalten, indem heutige Regierungsaufgaben gezielt an Stellen übertragen werden, Mehrfachunterstellungen von Ämtern unter mehrere Ressorts vermieden werden und durch eine Neuordnung der Ämterstruktur eine Reduktion von Verwaltungseinheiten stattfindet. Das Projektportfolio management leitet Samuel Schäpper vom Amt für Personal und Organisation. Damit sollen Regierung und Verwaltung in die Lage versetzt werden, strategisch wichtige Projekte professioneller zu planen, zu steuern und zu realisieren.